

VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

Der politische Massenstreik und der Parteitag.

II.

Nach dem Grundsatz: „Audiat et altera pars — man muß auch die andere Seite anhören!“ wollen wir nunmehr unseren Kollegen einige Meinungen von Diskussionsteilnehmern anführen, die gegen den Vebelschen Vorschlag Bedenken erhoben; hierdurch wird die Klärung über diese Streitfrage nur gefördert werden.

Zunächst betrachtete Genosse Wolfgang Heine die Frage vom juristischen Standpunkte, indem er Folgendes ausführte: „Ich halte es für meine heiligste Pflicht, öffentlich den Genossen zu sagen, daß wir nicht die Macht haben, jetzt einen politischen Massenstreik zu beginnen. Auch Frau Moland-Hofst betont, daß wir der brutalen Gewalt der Gegner jetzt nicht gewachsen sind. Deshalb will sie auch einen friedlichen Generalstreik, bei dem bloß gehungert wird, aber gleich erklärt wird, daß sonst nichts geschehen solle. Bei uns in Deutschland wäre ein solcher Streik wirkungslos, unsere Junker und Bourgeois haben zu gute Nerven, als daß sie sich dadurch ins Bodstorn jagen ließen. Meine Ausführungen, daß es zur Straßenkämpfe kommen würde, hat Vebel auch nicht widerlegt, und daß wir in einem solchen Kampfe nicht siegen würden, darüber sind wir uns auch einig. Mit Worten, mögen sie noch so edel gemeint sein, schlägt man keine Schlacht, und auf die Humanität der Regierung und der Soldaten möchte ich nicht spekulieren; dazu bin ich nicht „ethisch“ genug. Vebel hat von Unglimmererei gesprochen. Angst ist ein unklares Gefühl der Sorge vor dem Unbekannten, aber einer bekannten Gefahr klar ins Auge sehen und wenn man sie nicht bestehen kann, ihr aus dem Wege gehen, das ist eine Pflicht der Klugheit, namentlich wenn man für andere verantwortlich ist. Mir ist das Blut des Volkes zu teuer, die Arbeiter sind es, die ihre Haut zu Markte tragen müßten. (Zuruf: Wir auch!) In erster Reihe die Arbeiter! Es heißt, Opfer erfordert mal jede Sache. Wohl, wenn die Sache dadurch gefördert würde. Hier aber würden Opfer gebracht werden um einer sicheren Niederlage willen. Tastet man das Wahlrecht an, wahrlich schlimm! Erklären wir aber jetzt, darauf mit dem Massenstreik antworten zu wollen, so ist das weit entfernt, die Gegner abzuschrecken. Es ist vielmehr das beste Mittel, sie zur Wahlentziehung anzureizen, denn sie wünschen ja nichts sehnlicher, als daß wir das Volk vor ihre Gewehre und Kanonen führen sollen. Können wir uns nicht gegen eine Wahlentziehung wehren — gewiß, es wäre eine beschämende Niederlage. Machen wir aber unter den jetzigen Umständen Generalstreik, so geht uns nicht nur das Wahlrecht zum Teufel, sondern das Konstitutionsrecht, Vereins- und Versammlungsrecht und das bishen Pressfreiheit dazu. Tun wir also den Scharfmachern nicht diesen Gefallen. Schaffen wir vielmehr erst diesen granitnen Boden der Macht. Wie das zu machen ist, davon sagt die Resolution nichts, womit ich einverstanden bin. Ich stimme Vebel bei, daß wir unorganisierte Massen nicht blindlings in einen Massenstreik hineinziehen dürfen. Ich rief ihm zu: „habt Ihr sie in Zigel?“, worauf er mir das richtig: Bewußtsein abspach, aber mein Zwischenruf sollte doch nur dasselbe sagen, was Vebel sagte: „daß nämlich die Massen noch nicht organisiert sind.“ Also organisieren wir, vor allem anwerben wir, ziehen wir vor allem den Leibern immer noch größeren Teil des Volkes heran, der unserer Sache noch fernsteht. Die unaufgeklärten Massen und die Leute, die man so verächtlich als Mistläufer abtat, denen man entgegengerufen hat: „wir mögen Euch gar nicht, wir wollen lieber eine kleine Partei“, die sind auch Volk, ohne diese Mengen können wir auch in einem Massenstreik nicht siegen. Haben wir aber die einmal, so liegt es vielleicht anders. Was denn sein wird, darüber konnte man heute nur Worte machen. Ich denke: „Kommt Zeit, kommt Tat“.

Genosse Frohne meinte: Es versteht sich doch von selbst, daß wir keine Ursache haben, die Massen in eine Bluthitze hineinzureden, in ihr überschwingliche Hoffnungen zu erwecken, die unter Umständen nicht in Erfüllung gehen und dann böse Rückschläge für die ganze Sache des Volkes mit sich führen. Wenn man sich für den politischen Massenstreik gegebenenfalls entscheidet, dann muß man wissen, daß man eine schwere Verantwortung übernimmt. Wir müssen uns klar machen, daß wir sehr viele Vorkämpfe zu bestehen haben werden, zu denen die Gegner uns provozieren werden, um unsere Kraft zu schwächen. Es wird daher gelten, zunächst unsere Kraft zu stärken, unsere Organisationen auszubauen. Denn bisher haben wir von 11—12 Millionen Arbeitern erst 1½ Millionen gewerkschaftlich organisiert. Und mit der Organisation allein ist nicht genug getan, es muß Aufklärung geschaffen, Licht in die Köpfe gebracht werden. An die Parteigenossen möchte ich dabei die Aufforderung richten, sich auch selbst der Gewerkschaftsarbeit etwas mehr zu widmen. Kommen wir zu einer solchen Macht, so können wir es unter Umständen erleben, daß unsere Gegner angesichts dieser unserer Einigkeit und Entschlossenheit, es bis zum Neuesten kommen zu lassen, es selbst nicht wagen, die Rechte des Volkes so zu vergerathen, wie sie es wollten.“

Diese zwei Zitate mögen genügen; sie rühren von bewährten Politikern her, denen man nicht den Vorwurf machen kann, daß sie Nurgewerkschaftler seien und sich in dem „gewerkschaftlichen Sumpfe“ wohl fühlten. Wenn sie dennoch ihre Bedenken äußern gegen die Art und Weise, wie die Frage des Massenstreiks vielfach behandelt wird, so muß das für uns ein Anlaß sein die Sache noch einmal gründlich zu überdenken und dabei wir erörtern, wie wir die Forderung der Wahlentziehung des bürgerlichen Gewerkschaftsorganes zu dieser Frage wahren. Übrigens stehen wir auch in der Parteipresse auf Neuerungen, die uns zu denken geben. So lesen wir z. B. in der „Magdeburger Volksstimme“ folgende Sätze: „Vebel hat in seinem langen Referat gewiß viel Beherzigenswertes über die politische Lage und die Aufgaben der Arbeiterklasse gesagt, aber die Frage, wie der Generalstreik zu unserer Anschauung von der organischen Weiterentwicklung des kapitalistischen Klassenstaates zum sozialistischen Staate und zur Ablehnung aller revolutionären Mittel paßt, hat er nicht beantwortet. Mit Recht wies David darauf hin, daß der Generalstreik nicht zu vereinbaren ist mit unserer Anschauung von der Selbstauflösung der bürgerlichen Gesellschaft. Er kann höchstens ein Mittel sein, um eine Minderheit in den Stand zu setzen, einer Mehrheit ihren Willen aufzudrängen. Das ist aber eine Methode, die uns als Demokraten und Sozialisten gleich fremd sein soll und ihre nunmehrige Akzeptierung böte zu großen Bedenken Anlaß, wenn nicht die Resolution Vebels zum Generalstreik in eine Form gebracht wäre, die sie recht ungefährlich macht. „Gegebenenfalls“, wenn so und so viele Voraussetzungen erfüllt sind, soll unter Umständen die „umfassendste MassenarbeitsEinstellung“ Anwendung finden. Das ist wirklich nicht der Generalstreik, den Friedeberg und die Anarcho-sozialisten meinen. Aber trotzdem halte ich die Stellungnahme des Parteitages in dieser Frage nicht für eine glückliche. Man muß, um sie zu teilen, die nächste politische Entwicklung Deutschlands ungeheuer pessimistisch, die Stärke der Position des Proletariats aber ungeheuer optimistisch beurteilen, was im Grunde genommen ein Widerspruch in sich selbst ist. Wenn das Proletariat in der Lage ist, durch MassenarbeitsEinstellungen die bürgerliche Gesellschaft unter seinen Willen zu beugen, dann muß notgedrungenweise die Bourgeoisie eine schwache Position haben, daß ihr schon deshalb die Entrechtung des Proletariats unmöglich wird. Zu was soll da der Generalstreik noch notwendig sein?“

Und das „Hamburger Echo“ äußerte sich folgendermaßen: „Einsprechen hat die Empfehlung des Generalstreiks nur platonische Bedeutung und die Reso-

lution pointiert praktisch zunächst in der Verpflichtung aller Genossen, die Organisation unablässig zu stärken und ihr Pulver für alle Fälle trocken zu halten. Nicht das Schwert zu zücken gilt es vorerst, sondern es parat zu halten. Merken die Gegner, daß das Proletariat auch vor diesem letzten Mittel nicht zurückweicht, so werden sie sich vielleicht dreimal bedenken, ehe sie es zum Äußersten reizen. Die gegensätzlichen Auffassungen in der Debatte ergänzen und berichtigen einander wechselseitig und haben die beiden Seiten des Problems von ungeheurer Tragweite und unberechenbarer Wirkung auseinandergefaltet.“

Als typisch können wir die Ausführungen des „Correspondenzblatt“ bezeichnen, die folgendermaßen lauten: „Mit der Annahme der Vebelschen Resolution ist der Massenstreik offiziell in die Reihe der politischen Kampfmittel aufgenommen worden. In formaler Beziehung trifft für die Gewerkschaften hier selbstverständlich das gleiche zu, was der Referent zum Punkte Maifeier ausdrücklich konstatierte: Es muß als ausgeschlossen gelten, daß die Partei den Gewerkschaften ihre Beschlüsse aufzwingen kann. Es kann sich lediglich um eine Verständigung für den gegebenen Fall handeln. In der Wirklichkeit gehen die beiderseitigen Beschlüsse auch gar nicht so weit auseinander. Die Gewerkschaften sind ebenso wie die Partei willens, jede Volkseinstellung abzuwehren, nur für die ständige Propaganda des Massenstreiks übernehmen sie keinerlei Verantwortung. Ob im übrigen dieses Kampfmittel gegebenenfalls zur Anwendung gelangt, das wird von den jedenfalls sehr sorgfältigen und kritischen Erwägungen abhängen, die dann zu pflegen sind. Der Eintritt möglichst vieler Parteigenossen in die Gewerkschaften kann ihnen nur willkommen sein. Eine Stärkung der Organisationen ist aber nur dann gewährleistet, wenn alle darin tätigen Kräfte einig sind, im Sinne der Kongressbeschlüsse zu handeln. Einer Propaganda des politischen Massenstreiks innerhalb der Gewerkschaften im Sinne der Unterbindung der systematischen Organisationsarbeit und der Erziehung zum Trachten nach Katastrophen werden die Gewerkschaften im eigensten Interesse, wie auch zum Wohl der ganzen Arbeiterbewegung entgegnet.“

Selbstverständlich steht die bürgerliche Presse der Generalstreiksdebatte auf dem Parteitage nicht freundlich gegenüber. Die berufsmäßigen Organe des Scharfmachertums schäumen vor Wut und rufen nach dem Polizeiknüppel. So tobte sich die „Post“, das Blatt des seligen Stamm, wie folgt aus: „Wie lange noch soll es dem Catilinarier Vebel gestattet sein, seine jeden patriotisch empfindenden, ja überhaupt anständig denkenden Menschen auf tiefste empörenden Nichtswürdigkeiten ungehindert in die Welt zu schleudern? Wie lange will man seinen zu Revolution und Mord aufreizenden Reden gegenüber die Langmut an den Tag legen, welche man sonst nur ungefährliehen Narren oder armen Geisteskranken gegenüber zu bewahren pflegt? Ist denn schon alles erlaubt im deutschen Reiche? Gibt es keine Grenze mehr für die Aufreizung zu Aufruhr und Gewalt? Die Blide des gesamten deutschen Bürgertums richten sich angesichts dieser maßlos verheerenden Aufwiegungsrede des fanatischen Führers der revolutionären Sozialdemokratie auf die Regierung. Will sie weiter mit verschränkten Armen zusehen, wie dieser verbissene Demagoge mit der Brandfackel des Aufruhrs und blutigen Bürgerkrieges spielt? Die gemeine Sicherheit und der innere Frieden sind schwer bedroht. Die Gefahr, daß bei auswärtigen Verwicklungen der innere Feind sein blutiges Banner entrollt, ist akut. Darum gilt es, zu handeln und Vorkehrung zu treffen, so lange es noch Zeit ist. Wir halten es für die dringendste Pflicht jedes Patrioten und insbesondere der noch vaterländisch empfindenden Presse, mit aller Energie darauf hinzuwirken, daß es zur unabwendbaren Notwendigkeit geworden ist, unverzüglich zu handeln, damit der Hydra der Revolution

der Kopf vertreten werde. Noch niemals ist der Wille zur Revolution, und zwar gegebenenfalls zur gewalttätigen Revolution, so klar und einheitlich, so prinzipiell und systematisch und so sehr von der Massenstimmung getragen zum Ausdruck gelangt, wie jetzt auf dem Parteitage in Jena. Noch niemals ist es so deutlich zum Vorschein gekommen, daß das sozialdemokratische und antisozialdemokratische Problem sowohl im Grunde wie letzten Endes rein politischer Natur ist: Verteidigung des bestehenden Staates und der ihm innewohnenden autoritären Kräfte gegen die revolutionär-demokratische Diktatur der blutdürsternen Massengewalt."

Während die „Post“ direkt loszuschlagen will, spielt die „Deutsche Arbeiterzeitung“ den vorsichtigen, schlauen Diplomaten und will die Entscheidung noch hinausschieben, bis die Arbeiterklasse zur Abschlagung reif ist. Sie meint nämlich, augenblicklich dürfe man trotz der „revolutionären Phrasen der sozialdemokratischen Brandredner“ noch nicht auf eine Unterstützung der maßgebenden Streife gegen die Umsturz-Epidemie rechnen. „Auch außerdem“, so heißt es wörtlich, „würde man unpolitisch handeln, wenn man zu einem energischen Vorstoß gegen die Sozialdemokratie jetzt in dem Augenblicke mahnte, wo sich die Dinge derart anzuspitzen anfangen, daß jeder weitere Schritt, den die Sozialdemokratie auf dem von ihr eingeschlagenen Wege unternimmt, sie notgedrungen des herrschlichen Vorwandes berauben muß, sie treffe ihre Maßregeln nur zu „Verteidigungszwecken“. Es liegt auf der Hand, daß die Deklamationen der Bebel und Konjordan über die Verwendung des Generalstreiks als politisches Symptom für den Fall etwa beabsichtigter Wahlrechtsänderungen und dergleichen schon auf dem nächsten Parteitage durch kräftigere Stimulanten ersetzt werden müssen, falls unter der sozialdemokratischen Gefolgschaft nicht allmählich ein Gefühl der Ermüchterung Platz greifen soll. Und wenn sich bis dahin ein Anlaß zum Einschreiten gegen die bürgerliche Gesellschaft nicht geboten haben sollte, so wird man eben wohl oder übel genötigt sein, von der Verteidigung zum Angriff überzugehen und den Streit vom Zaun zu brechen. Dann aber, und nicht früher, ist es Zeit, den Herren Genossen den Demagogenhut kräftig über die Ohren zu treiben; denn dann erst darf man sich der Erwartung hingeben, daß die zur Zeit leider vorhandene Zersplitterung in der Beurteilung der Sozialdemokratie dem einmütigen Verlangen einer endgültigen und gründlichen Abrechnung mit den Trägern der Bewegung weichen wird. Bedarf es doch zu solchem Zwecke nicht mehr irgend einer Ausnahmegegesetzgebung, deren Unpopularität nun einmal nicht hinwegzudisputieren ist, sondern einzig und allein der rücksichtslosen Anwendung solcher gesetzlichen Bestimmungen und der zu ihrer Durchführung erforderlichen Mittel, die von jeher zum Schutze der staatlichen Machtvollkommenheit bestimmt waren."

Die organisierte Arbeiterklasse Deutschlands lacht über diese Drohungen; sie läßt sich keinen Kampf aufdrängen, kommt es aber zum Kampfe, so wird sie ihren Mann stehen und sie wird auch wissen, wie sie zu kämpfen hat.

Die Aussperrung in der Berliner Metallindustrie und die Behörden.

So ganz überraschend, wie es nach außen hin den Anschein hat, ist der große Konflikt in der Berliner Metallindustrie denn doch nicht gekommen. Schon seit mehreren Monaten war man sich an den leitenden Stellen der Berliner Elektrizitätsindustrie darüber klar, daß an eine Beset-

tigung der vielen Störungen des Beschäftigungsgrades infolge der zahlreichen Streiks ernstlich gedacht werden müsse. Wie das geschehen sollte, war gewiß des Nachdenkens wert, aber man verzichtete überhaupt auf ernste Erwägungen, sondern verließ sofort auf eine Kur à la Doktor Eisenbarth. Daß es noch andere Wege gibt, um unablässige Störungen infolge von Streiks zu beseitigen, darauf kam man nicht, weil man eben „Herr im eigenen Hause“ bleiben wollte. Man soll hier nicht erörtern werden, warum die Arbeitgeber einen total verkehrten Weg eingeschlagen haben, um Ruhe unter den Arbeitern herbeizuführen, sondern es soll das ganz unangemessene Verhalten der staatlichen und städtischen Behörden anlässlich dieser Aussperrung gekennzeichnet werden. Schon ehe die Aussperrung in Kraft getreten war, mußten sich die Firmen, die die Aussperrung verhängten, der Unterstützung der staatlichen Behörden versichert gehabt haben. Kann doch ein Zirkular der Berliner Elektrizitätswerke sich offen dieser Unterstützung rühmen. In dem Zirkular heißt es wörtlich: „Obwohl wir hoffen, daß diese Bemühungen (die Arbeiter der Werke zur Abwendung zu veranlassen) von Erfolg nicht sein werden, so haben wir doch mit Unterstützung der Staatsbehörden die Ausschaltung der Stromerzeugung hintanzukalten.“ Diese Vereinbarungen mit den Staatsbehörden müssen schon vor der Verhängung der Aussperrung erfolgt sein. Aber damit das Maß der „Unparteilichkeit“ der Staatsbehörden voll werde, geschah am Montag, den 2. Oktober, folgendes: Der Vorsitzende der Streikkommission wollte an diesem Tage den Vertrauensleuten Bericht über das Scheitern der Einigungsverhandlungen erstatten. War es schon auffallend, daß bei diesem Zusammensein die Polizei sich einsand, so war es noch furchtbarer, daß die Polizei diese Versammlung auflöste, weil sie nicht polizeilich angemeldet war. Auch in Arbeitgebertreuen fanden in letzter Zeit Konferenzen statt, auf denen der große Selbstschutzplan gegen die Arbeiter erörtert und beschlossen wurde. Diese Versammlungen waren nicht angemeldet, eine polizeiliche Überwachung und erst recht eine Auflösung fand nicht statt. Polizei, Feuerwehr, Militär — alles wird den Berliner Arbeitgebern im Kampfe gegen die Arbeiter zur Verfügung gestellt. Da fragt man denn mit Recht, wieso kommen die Behörden zu einer so unverdeckten und offenen Parteinahme und Unterstützung der Arbeitgeber? Wie ganz anders war das Verhalten der Behörden anlässlich des Bergarbeiterstreiks im Januar? Damals strengte Neutralität und heute eifrigste Unterstützung derer, die die Aussperrung über Behauptende von Arbeitern verhängt haben? Sind die Ausschüsse und Direktoren der Berliner Elektrizitäts-Gesellschaften etwa mächtiger als die der Kohlenbergwerke? Hier ist allen möglichen Vermutungen weitestgehender Spielraum gelassen, und in Berlin fehlt es auch nicht an recht bezeichnenden Vermutungen. Doch wie diese Veränderung in der Stellung der Behörden zu Konflikten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern sich auch erklären mag, soviel ist sicher, daß sie den ungünstigsten Eindruck gerade in Unternehmerkreisen macht. Wenn auch im Augenblick die Presse der Gegner darüber schweigt, so dürfte diese Frage doch noch zu einem für die Staatsregierung recht unerquicklichen Nachspiel nach dem Kampfe führen. So wie die Dinge liegen, ist die Unterstützung der Behörden direkt ungesetzlich, wobei nicht gelagt sein soll, daß nicht aus irgend einem Paragraphen eine formelle Stütze dieses Eingreifens abgeleitet werden kann. Aber die Behörden haben kein Recht, in wirtschaftlichen Kämpfen Partei zu ergreifen, es wäre denn, daß sie durch die Volksgesetzgebung dazu angewiesen wären. Wenn die Arbeiter in einzelnen Abteilungen der beiden führenden Betriebe der Berliner Elektrizitätsindustrie streikten, so war das ihr gutes Recht. Wenn die Firmen dann drohten, ihre Betriebe größtenteils schließen zu wollen, falls die Streikenden nicht klein beigeben würden, so konnte dagegen bei der heutigen Wirtschaftssituation auch nichts eingewendet werden. Für die Behörden hätte aber eine einseitige Parteinahme ein Verstoß gegen die Neutralität der Behörden sein, und es ist zu bedauern, daß die Behörden bei beiden Werken schief, die durch die Bewirtschaftung ihrer Produktion den Konflikt zu einer Machfrage aufbauführen. Wenn aber dann die Arbeiter gleichfalls die Parole „Macht gegen Macht“ sich zu eigen machen, dann folgen sie nur dem Beispiel ihrer Gegner, die den Kampf provoziert haben. Oder mutet man vielleicht den Arbeitern zu, die wirtschaftliche Macht, die sie sich im modernen Produktions-

untergeht, und beträgt am Ende des Monats nur noch 6½ Stunden. Leicht auffindbar ist Saturn am 9. Okt., weil er dann in der Nähe des Mondes steht. — Auch die Venus, die am stöhnigen Morgenhimmel steht, nimmt in ihrer Sichtbarkeitsdauer weiter ab bis auf 2 Stunden, während der in rotem Lichte glänzende Mars jetzt fast 2½ Stunden sichtbar und die Gelegenheit, ihn zu beobachten, immer günstiger sich gestalten wird. Allerdings wird die Dauer seiner Sichtbarkeit durch seinen südlichen, tiefen Stand sehr beeinträchtigt. Erst Mitte Dezember ist er wieder auf 3½ Stunden zu früher Abendzeit am südwestlichen Himmel zu sehen. Am 4. Oktober kommt der Planet dem Monde scheinbar sehr nahe. — Merkur ist in diesem Monat wieder unsichtbar.

Zu Nordbeobachtungen bietet sich in der ersten Woche des Oktober gute Gelegenheit. Am 5. Oktober haben wir erstes Viertel und der Untergang des Mondes findet immer später Abends statt. Vom 10. ab etwa aber wird der Mond schon zu voll, als daß noch viel auf seiner Oberfläche zu beobachten wäre, da am 18. Vollmond eintritt. Während dieser Zeit steht er die ganze Nacht hindurch am Himmel und behindert durch die Helligkeit seines Lichtes auch die Betrachtung des Fixsternhimmels. In der dritten Woche geht der Mond immer später auf, vom 23. an erst nach Mitternacht. Die letzte Woche des Monats kann er wegen des am 28. stattfindenden Neumondes auch nicht beobachtet werden.

Zu dieser Zeit wird aber zweckmäßig der wieder reich prägnante Fixsternhimmel beobachtet. Die Milchstraße spannt sich jetzt in den ersten Abendstunden wie ein breites silbernes Band hoch über unsern Häuptern aus und bildet in dieser erhabenen Stellung eine der anziehendsten und großartigsten Himmelserscheinungen. Ihr Bau zeigt sich überaus wechselreich. Bald erscheint sie uns wie aus leuchtenden Wolken geballt, bald wieder schimmert sie wie eine leuchtende Fläche, bald in schmälere bald in breitere Areale sich erstreckend. Die schönste Partie ist ihre augenfällige Trennung in zwei breite selbständige Bänder, da, wo das leuchtende Kreuz des Schwans sich mit seinem hellsten Gestirn, dem Deneb, auf das Silberband malt.

prozeß durch jahrelange Organisationsarbeit allmählich erlangen haben, unangeseht zu lassen oder sich einfach den Nachsprechern der Betriebsleiter stillschweigend zu fügen? Dieses Verlangen mögen sich die Arbeitgeber schenken, die sich wie die Herren im eigenen Hause aufspielen und dabei meist doch ebenso bloß Angeestellte in ihren Betrieben sind wie die Arbeiter auch. Was die Arbeiter wollen, das ist ein Mitbestimmungsrecht über die Arbeitsbedingungen und eine Kontrolle über die Durchführung der vereinbarten Bedingungen. Kommt man ihnen hier nicht entgegen, so werden die häufigen Störungen der Industrie durch Streiks nie abreißen, und durch Häufung kleinerer Streiks kann man einen Geschäftszweig viel schlimmer schädigen, als durch einen großen, sich seltener wiederholenden Ausstand geschieht. Würden die Herren der Berliner Elektrizitätsindustrie sich zu einer Tarifgemeinschaft mit ihren Arbeitern herbeilassen, so hätten sie für eine gewisse Zeit in ihren Betrieben stabile Verhältnisse. Eben in diesen Tagen ist ein Buch aus der Presse gekommen, das vom Arbeitgeberstandpunkt die wirtschaftliche, sozialpolitische und juristische Bedeutung der Tarifgemeinschaften würdigt. Der Verfasser, Fritz Schmeiser, tritt mit guten Gründen vom Standpunkt der Arbeitgeber für Tarifgemeinschaften ein. Tarifgemeinschaften sind nach ihm zwar kein Allheilmittel zur Lösung der sozialen Frage, denn auch unter ihrer Herrschaft sind die Arbeiterverhältnisse keineswegs rosige geworden, sie sind aber bei den gegenwärtigen sozialen Zuständen und Strömungen für viele hartbedrängte Gewerbe von großem Vorteil, und bieten den sichersten und besten, wenn nicht den einzigen, zeitgemäßen Weg, um zu geordneten Verhältnissen zu gelangen. „Daß die früheren, patriarchalischen Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern nicht mehr zu erreichen sind, bedarf für den in der Praxis stehenden Arbeitgeber keines Beweises mehr. Der sonst noch offene Weg des wirtschaftlichen Kampfes, der Generalaussperrung und Stilllegung der Betriebe, ist stets eine sehr zweischneidige Waffe für beide Teile, wenn nicht von vornherein ein aussichtsloses Unternehmen.“ So äußert sich ein äußerst sachkundiger Vertreter der Arbeitgeberinteressen über Tarifgemeinschaften. Man sollte annehmen, daß die Regierung die Bildung von Tarifgemeinschaften begünstigen würde. Im gegenwärtigen Kampfe hat sie sich aber gerade den Gegnern der Tarifgemeinschaften angeschlossen und unterstützt diese bei der Anwendung einer „sehr zweifelhaften Waffe“. Mag der Kampf enden wie er wolle, die Regierung hat jedenfalls erreicht, daß ihr Renommee in den Augen der deutschen Arbeiterklasse, vor allem der nicht sozialdemokratischen noch weiter sinkt, als es schon nach der Annahme der Bergarbeiterschynovelle der Fall war.

Lohnbewegung.

Der Kampf in der Berliner Elektrizitätsindustrie zieht immer weitere Kreise. Bereits sind 33 000 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt und weitere 20 000 will der Metallindustriellenverband aus Solidarität auf's Nachhaken werfen, wenn die Arbeiter bis zum 14. Oktober nicht die Arbeit aufgenommen haben. Während also die verheerenden Wirkungen dieses Massenkampfes nicht abzusehen sind, erblicken die Gemeinde- und Staatsbehörden ihre Aufgabe darin, den ausgesperrten Industrieförtern bereitwillig Hilfskräfte zur Verfügung zu stellen. Unter den Ausgesperrten befinden sich einige Hundert Laktierer und Laktierinnen.

In der Maschinenfabrik Linden b. Hannover sind gegen 1200 Arbeiter ausgesperrt worden, darunter auch 25 Laktierer.

Zugang ist streng fernzuhalten.

Aus unserer Bernese.

Am 2. Oktober verlor ein junger Mann in Bern einen Arm. Er wurde von einem Wagen überfahren und dabei die Handfläche brach. Gailert fand Aufnahme im Krankenhaus. — Am 2. Oktober stürzte infolge Fehltritts der Kollege Richard Vogel in Chemenitz von der Leiter und erlitt dabei einen Armbruch.

+ Submissionsblüten. Auch in Bremen steht die Preistreibererei in unserem Gewerbe der in anderen Großstädten nichts nach, was aus folgenden Zahlen jüngster Sub-

Mehr und mehr verbreiten sich dann die beiden Ausläufer, die bis zum südwestlichen Horizont hinabreichen.

In den mondlosen Oktoberabenden treten diese beiden Reste in anscheinend plastischer Weise von dem tiefdunkeln Zwischenraum des Nachthimmels hervor. In sehr günstiger Stellung ist auch der große Andromedanebel nahe am nördlichen Teile der Milchstraße bei der W-förmigen Cassiopeja. Dem bloßen Auge erscheint er als ein mattes nebeliges Gebilde, im Fernrohr aber wie ein transparentes Gestirn von elliptischer Gestalt. In späteren Nachstunden bietet sich auch der große Orionnebel dem bloßen Auge sichtbar dar. Die schönen Sterngruppen der Plejaden und Hyaden sind jetzt schon in frühen Abendstunden im Nordosten zu sehen. Erstere werden von einer Gruppe von sechs sehr nahe beieinander stehenden Sternen gebildet; gute Augen erkennen bei klarer Luft auch neun oder elf, nur nicht gerade sieben. Die Hyaden bilden eine weit zerstreute Sterngruppe mit dem schon rot leuchtenden Aldebaran im Stier; sie folgt den Plejaden südlich. Auf der anderen Seite der Milchstraße steht der Perseus, in dem der hellste Stern der veränderliche Algol im Medusenhaupt ist. An den Perseus grenzt die Cassiopeja; tiefer im Norden schließt sich der Fuhrmann mit der hellen Capella an Perseus an. Tief im Norden steht jetzt der große Bär. Nach Westen zu breitet sich das umfangreiche Sternbild des Herkules aus; nach der Milchstraße hin steht die Leier mit der hellglänzenden Wega, schon tiefer, am nordwestlichen Horizont, die nördliche Krone mit der hellen Gemma, dem Krondiamanten. Im Süden kommen die Tierkreissternbilder Regulus, Wassermann, Fische, Widder herauf.

Neuer Stern ist die Entdeckung eines neuen Sterns durch Frau Fleming auf photographischen Aufnahmen der Harvard-Sternwarte. Der Stern war am 18. und 19. August fünfter Größe, nahm aber rasch an Licht ab. Nach einer Mitteilung von Prof. Wolf in Heidelberg war dieser Stern am 4. September 9,3 Größe. Er steht im Sternbild des Adlers, nahe dem Himmelsäquator.

Von den Himmelserscheinungen im Oktober.

Von Georg Raetner in Bremen

(Nachdruck verboten.)

Mit dem Oktober beginnt die Zeit des Jahres, die dem Naturfreund wohl die beste Gelegenheit zur Beobachtung des gestirnten Himmels bietet. Der Erdboden hat vom Sommer her noch genug Wärme, um die kühleren Abende durch eine warme Ausstrahlung etwas zu mildern; andererseits geht die Sonne schon so zeitig unter, daß die frühen Abendstunden jeden, der auch nur zufällig zum Sternenhimmel emporschaut, einladen, sich in seine Betrachtung zu verlieren. Die Sonne geht zu Anfang Oktober schon 1/6 Uhr zu Ende des Monats bereits 1/5 Uhr unter. Zudem bewirkt die nun bereits südliche Stellung der Sonne zum Äquator eine nur sehr kurze Abenddämmerung, so daß wir bereits in der sechsten Stunde das Erscheinen der Fixstern- und Planetenlichter bewundern können.

Besondere Erwähnung verdient der Planet Jupiter, der jetzt in die günstigste Beobachtungszeit tritt und dem deshalb in diesem Monat eine besondere Betrachtung gewidmet ist. Die Sichtbarkeitsdauer nimmt während des ganzen Monats noch weiter zu bis auf 13½ Stunden am Ende des Monats. Von Beginn des November an wird er mit der Abenddämmerung aufgehen und 5 Wochen lang die ganze Nacht hindurch am Himmel glänzen. Der Lauf des Planeten begann dieses Jahr im Widder, ging durch den Stier und die Zwillinge. Am 25. September kam er zum Stillstande und wird sich bis zum Ende des Jahres rückwärtig bewegen. Am 4. Mai war der Planet der Erde am fernsten; er stand, von uns aus gesehen, jenseits der Sonne. Am 24. November dagegen steht er, von der Erde aus gesehen, der Sonne gerade gegenüber und der Erde am nächsten. Seine Entfernung von der Sonne beträgt im ersteren Falle 893, im letzteren 608 Millionen km. In die Nähe des Mondes kommt Jupiter am 17. Oktober.

Von den anderen großen Planeten befindet sich Saturn in günstiger Stellung. Die Dauer seiner Sichtbarkeit nimmt aber weiter ab, weil der Planet nur vor der Morgendämmerung, und zwar von Tag zu Tag früher

Die Lohnbewegungen im Jahre 1904.

In Nr. 38 des „Correspondenzblattes“ der General-Kommission gibt Legien, der Vorsitzende der General-Kommission, eine zusammenfassende Darstellung der Erwerbungsleistungen, die die Gewerkschaften im Jahre 1904 durch die Lohnbewegungen, die nicht zur Arbeitseinstellung führten, erreichten.

Von einzelnen Gewerkschaften sind solche Uebersichten schon seit vielen Jahren aufgestellt und veröffentlicht worden. Jedoch war es nicht möglich, diese Veröffentlichungen zu einer zusammenfassenden Darstellung zu vereinen. Deshalb entschlossen sich die Vorstände der gewerkschaftlichen Zentralverbände, vom Jahre 1904 ab eine Statistik über die Lohnbewegungen nach einheitlichen Grundsätzen zu führen und die Ergebnisse dieser Statistik von der General-Kommission zusammenstellen und veröffentlichen zu lassen.

Dass eine solche Aufnahme im ersten Jahre nicht vollkommen sein kann, ist leicht erklärlich. Von den Verbänden, in welchen eine solche Statistik seit längerer Zeit geführt ist, wird heute schon Vollkommenes geboten werden können. In den Organisationen, in welchen diese Statistik neu eingeführt ist, wird es jedoch noch längerer Schulung der Beamten der Zweigvereine bedürfen, ehe die Aufnahmen auch die umfassend genug werden, um ein vollkommenes Bild der gesamten von den Gewerkschaften Deutschlands durchgeführten Lohnbewegungen geben zu können. In einigen Jahren wird es aber gelingen, diesen heute noch zu konstatierenden Mangel zu beseitigen, wie es auch im Laufe der Jahre gelungen ist, die sonstigen von den Gewerkschaften regelmäßig veranstalteten Statistiken so auszugestalten, daß sie heute allen Anforderungen genügen, die an solche Arbeiten zu stellen sind.

Ein Mangel wird der Statistik über die Lohnbewegungen wohl noch für längere Zeit anhaften. Es wird wohl in kurzer Zeit möglich werden, die durch die Lohnbewegungen erzielten Erfolge und schließlich auch die Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, die nach erfolglosen Lohnbewegungen eintreten, vollständig darstellen zu können, nicht aber wird es so schnell gelingen, die Herabdrückung der Arbeitsbedingungen anzugeben, die von den Arbeitern ohne nennenswerten Widerstand hingenommen werden. Wird auch die Berichterstattung über diese Vorkommnisse in genügender Weise gepflegt, so werden wir dazu kommen, feststellen zu können, welche Veränderungen in der Dauer der Arbeitszeit und der Lohnhöhe in jedem Jahre zu verzeichnen sind. Von dem englischen Arbeitsamt wird eine solche Statistik seit länger als einem Jahrzehnt mit Hilfe der Gewerkschaften geführt und es liegt kein Grund vor, anzunehmen, daß das Gleiche nicht auch von den Gewerkschaften Deutschlands durchgeführt werden könne, zumal die von diesen bisher regelmäßig aufgenommenen Statistiken den Leistungen des englischen Arbeitsamtes sehr gut zur Seite gestellt werden können. Dieser Hinweis in Verbindung mit der Wirkung dieser erstmaligen Veröffentlichung der Uebersicht über die Erfolge der Lohnbewegungen dürfte die Beamten der Gewerkschaften, welche die ersten Arbeiten für diese Statistiken zu machen haben, veranlassen, ihre Kraft einzusetzen, um das Beste zu leisten, damit die gemeinsame Arbeit vollkommen wird.

Lohnbewegungen waren insgesamt im Jahre 1904 in 40 Organisationen in 1310 Orten in 15 143 Betrieben mit 249 382 Beschäftigten zu verzeichnen. Für drei Organisationen fehlt die Angabe der Zahl der Beschäftigten und für zwei Organisationen die Zahl der Betriebe. An den Bewegungen waren 184 206 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt. In 766 von den 1310 Orten, in welchen Be-

wegungen stattfanden, bestand eine Unternehmerorganisation, welcher die von der Bewegung betroffenen Unternehmer in 616 Orten angehörten. In 575 Fällen kam es infolge der Bewegungen zum Abschluß eines Tarifvertrages. An Ausgaben erforderten die Bewegungen insgesamt nur die Summe von 20 392 M. Diese geringe Ausgabe erklärt sich dadurch, daß vielfach die Ausgaben für Drucksachen usw., welche für die Bewegungen erforderlich waren, von den Organisationen als Verwaltungskosten oder auch als Ausgaben für Agitation gebucht wurden. Von den Bewegungen endeten 1637 durch Vergleichsverhandlungen, und zwar fanden die Verhandlungen statt in: 929 Fällen zwischen den Parteien direkt, 173 Fällen mit der Unternehmerorganisation, 24 Fällen vor dem Gewerbeamt, 610 Fällen unter Teilnahme der Organisationsinstanzen und 18 unter Teilnahme anderer Personen oder Körperchaften. In 107 Fällen wurde auf Antrag der Unternehmer und in 1370 Fällen auf Antrag der Arbeiter in Verhandlungen eingetreten.

Daß Lohnbewegungen im Berufe nicht stattgefunden haben berichten die Vorstände der Organisationen der: Asphaltreue, Barbier, Bergarbeiter, Blumenarbeiter, Buchdrucker, Gärtner, Gastwirtsgehilfen, Grabenreue, Handlungsgeschäftlichen, Lagerhalter, Malchinsken, Notenscheider, Porzellanarbeiter, Seelenreue, Tischarbeiter, Werftarbeiter und Zivilberufsmänner.

Bei den Glasarbeitern, Sattlern und Stukkateuren haben Bewegungen stattgefunden, doch ließen sich die Materialien darüber nicht in der Vollkommenheit beschaffen, wie es für die Verwendung in der Statistik erforderlich ist. Der Vorstand des Verbandes der Formstecher berichtete über eine Lohnbewegung in Braunschweig. Diese ist aber amtlich als Streik gezählt und deshalb auch unsererseits in der Streitstatistik vermerkt.

Das vorstehend gebotene Gesamtbild der Lohnbewegungen des Jahres 1904 ist somit nicht vollkommen; jedoch fehlen nur Angaben von drei Organisationen, die Lohnbewegungen durchgeführt haben.

Von der Gesamtzahl der Lohnbewegungen wurden solche zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen durchgeführt von 40 Organisationen in 1076 Orten, in 14 781 Betrieben mit 213 709 Beschäftigten. Beteiligt waren an diesen Bewegungen 169 974 Arbeiter und Arbeiterinnen. In 671 Orten bestand eine Unternehmerorganisation und gehörten dieser die betroffenen Unternehmer in 534 Orten an. Zum Abschluß eines Tarifvertrages kam es bei diesen Bewegungen in 559 Fällen. An Ausgaben entfielen insgesamt 16 241 M. Durch Vergleichsverhandlungen wurden die Bewegungen beigelegt; in 1476 Fällen, und zwar wurden die Verhandlungen geführt in 813 Fällen zwischen Parteien direkt, in 166 Fällen zwischen der Arbeiter- und der Unternehmerorganisation, in 20 Fällen vor dem Gewerbeamt, in 528 Fällen unter Teilnahme der Organisationsinstanzen und in 16 Fällen infolge Vermittlung dritter Personen oder Körperchaften. Die Verhandlungen erfolgten auf Antrag der Unternehmer in 94 und auf Antrag der Arbeiter in 1173 Fällen.

Der Erfolg der Bewegungen war für 48 534 Arbeiter und Arbeiterinnen eine Verkürzung der Arbeitszeit und für 123 232 eine Lohnerhöhung. Für 1188 Beteiligte fehlte die Angabe über die Summe der erreichten Arbeitszeitverkürzung und für 372 die Summe der erreichten Lohnerhöhung. Es erreichten nachweisbar 47 346 Arbeiter und Arbeiterinnen eine Arbeitszeitverkürzung von insgesamt 193 420 Stunden pro Woche und 121 330 Arbeiter und Arbeiterinnen eine Lohnerhöhung von zusammen 249 117 M pro Woche.

Lohnerhöhung erhielten oder Arbeitszeitverlängerung oder Lohnkürzung abwehrten, ergibt die folgende Aufstellung:

Arbeitszeitverkürzung		Lohnerhöhung	
Stunden	Arbeiter	Mark	Arbeiter
		bis 0.50	3 412
1/2	626	0.60—1.00	15 368
1	649	1.10—1.50	37 746
1 1/2	196	1.60—2.00	25 028
2	1 533	2.10—2.50	9 979
2 1/2	780	2.60—3.00	15 358
3	86	3.10—3.50	6 056
3 1/2	20 709	3.60—4.00	4 705
4	746	4.10—4.50	1 562
4 1/2	8	4.60—5.00	560
5	294	5.10—5.50	77
6	152	5.60—6.00	777
7	289	6.10—6.50	11
8	11 672	6.60—7.00	87
9	445	12.00	4
10	342	??	650
11	690		
12	80		
13	21		
14	23		
15	344		
16	150		
17	4		
18			
19			
20			
21			
22			
23			
24			
25			
26			
27			
28			
29			
30			
31			
32			
33			
34			
35			
36			
37			
38			
39			
40			
Summa	47 346		121 330

Es wehrten ab pro Woche:		Lohnkürzung	
Arbeitszeitverlängerung	Arbeiter	Mark	Arbeiter
		bis 0.50	40
		0.60—1.00	256
		1.10—1.50	312
		1.60—2.00	995
		2.10—2.50	150
		2.60—3.00	269
		3.10—3.50	219
		3.60—4.00	07
		4.50—5.00	539
		5.10—5.50	13
		6.00	84
		7.00	230
		10.00	12
		13.50	80
		??	173
Summa	2 583		3 379

In der Regel wurde die Arbeitszeit um täglich eine halbe Stunde oder um eine Stunde verkürzt. Die erstere Herabsetzung der Arbeitsdauer erreichten 20 709, die letztere 11 672 Arbeiter und Arbeiterinnen. Eine Arbeitszeitverkürzung um täglich zwei Stunden erreichten noch 1020 Personen. Die über zwei Stunden täglich erreichte Verkürzung der Arbeitszeit betrifft sicher Ausnahmefälle. Eine Verkürzung um 16 Stunden wöchentlich erlangten 23 Brauer, eine solche um 18 Stunden 204 Fabrikarbeiter und 140 Transportarbeiter, eine solche um 26 Stunden 150 Gemeindebetriebsarbeiter infolge Einführung des Achtstundentages und eine solche von 36 Stunden vier Brauer. Eine halbblühende Verlängerung des Arbeitstages wurde für 2079 Personen abgewehrt. Die Verlängerung der Arbeitszeit um 11 Stunden wurde in der Metallindustrie, die um 12 Stunden im Fleischergerberverbe versucht.

Von unseren Kollegen erreichten Arbeitszeitverkürzung pro Woche 150 je 1 1/2 Stunden, 203 je 2 Stunden, 45 je 3 Stunden, insgesamt 398 Kollegen 1104 Stunden pro Woche.

Die Mehrzahl der Arbeiter, 103 479, erhielt eine Lohnerhöhung von 60 S bis 2 M pro Woche. Eine Lohnerhöhung von 2.10—3 M erzielten 25 337 Personen. Eine Lohnerhöhung von 6 M pro Woche erhielten nur 777 Personen. Von 6.60—7 M Lohnzulage erhielten 87 Brauer und eine solche von 12 M 4 Köpfer. Von unseren Kollegen erhielten pro Woche Lohnerhöhung 128 bis 50 S, 197: 60 S bis 1 M, 35: 1.10—1.50 M, 460: 1.60—2 M, 490: 2.10—2.50 M, 21: 2.60—3 M, 24: 3.60—4 M; insgesamt also erreichten 1345 Kollegen pro Woche 2526 M Lohnerhöhung.

Ueber eingetretene Arbeitszeitverlängerungen wird von keiner Organisation berichtet. Ueber Lohnkürzungen berichten 7 Organisationen. Es erlitten 477 Arbeiter und Arbeiterinnen eine Lohnkürzung von zusammen 561 M pro Woche, und zwar waren Lohnreduzierungen zu verzeichnen bei den: Böttchern für 29 Personen mit 29 M, Holzarbeitern für 22 mit 13 M, Lederarbeitern für 13 mit 26 M, Metallarbeitern für 49 mit 95 M, Schuhmachern für 23 mit 22 M, Textilarbeitern für 275 mit 300 M und Köpfen für 66 Personen mit 66 M pro Woche. Bis 50 S Lohnverkürzung mußten hinnehmen 17, von 60 S bis 1.00 M 370, von 1.50 M 8, von 2.00 M 77, von 2.50 M 2 und von 3.00 M pro Woche 3 Personen. Bei den Maurern ist in den letzten 2 Jahren für 8023 Arbeiter eine Lohnreduzierung und für 888 Arbeiter eine Verlängerung der Arbeitszeit eingetreten, doch fehlen nähere Angaben darüber, in welchem Umfange eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im letzten Jahre eingetreten ist.

Legien kommt zu dem Schluß, daß insgesamt pro Woche 202 197 oder im Jahre rund 10 000 000 Stunden Arbeitszeitverkürzung und pro Woche 250 000 M oder pro Jahr 12 000 000 M Lohnerhöhung erlangt sind, die die organisiertesten Arbeiter niemanden weiter als sich selbst, als ihrer Opferfreudigkeit und Energie für ihre Berufsorganisation zu danken haben.

Trotzdem ist es aber mehr als wahrscheinlich, bemerkt er sehr treffend, daß diese Lohnerhöhungen das nicht aufwiegen, was den Arbeitern durch künstliche Verteuerung der Nahrungsmittel und Gebrauchsgüter abgenommen ist. Und wiederum ist es nur ein geringer Teil der Arbeiterklasse, sind es nur rund 125 000 Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich einer Erhöhung ihres Einkommens erfreuen können. Mehr als 5 000 000 Industriearbeiter und Arbeiterinnen haben die Verteuerung der Nahrungsmittel ertragen müssen, ohne ihr Einkommen erhöhen zu können. Es wäre, trotz aller Anerkennung, die wir den Leistungen der Gewerkschaft zollen müssen, verfehlt, nach dem Ertrugenen darauf zu schließen, daß sich im letzten Jahre die Lebenshaltung der Arbeiterschaft gehoben habe.

* Bei 650 Bildhauern ist die Gesamtsumme der erreichten Lohnerhöhung, nicht aber die für die einzelne Person erreichte, angegeben.

** Für 173 Steinarbeiter fehlt die Angabe der Summe der abgewehrten Lohnkürzung im einzelnen und im ganzen.

Organisation der	Zahl der Orte	Zahl der Beteiligten	Erreichten	
			Arbeitszeitverkürzung	Lohnerhöhung
			Personen	Mark pro Woche
Bauhilfsarbeiter	43	12 085	2 058	6 333
Dachbeder	13	497	360	1 820
Glasler	9	699	638	3 519
Malter	13	1 360	398	1 104
Maurer	202	30 777	6 861	26 511
Steinarbeiter	22	1 116	283	2 760
Steinleher	56	2 884	449	1 738
Töpfer	27	1 319	193	1 120
Zimmerer	104	11 293	3 926	13 250
Zusammen	489	62 030	15 166	53 261

Wie beistehende Aufstellung zeigt, hatte den größten Anteil an den Lohnbewegungen das Baugewerbe mit Bewegungen in 489 Orten und 62 030 Beteiligten, einer Arbeitszeitverkürzung von 58 264 Stunden pro Woche für 15 166 Beteiligte und einer Lohnerhöhung von 115 759 M pro Woche für 59 103 Personen. Die für unsere Organisation in der Tabelle aufgeführten 13 Orte sind: Altona, Cassel, Cöthen, Firth, Harburg, Hilsesheim, Neumünster, Oldenburg, Pinneberg, Ruzha, Solingen u. U., Stralsund und Wilhelmshaven; in sämtlichen Orten konnte ohne Streit ein korporativer Arbeitsvertrag abgeschlossen werden. In den 13 Orten waren in 596 Betrieben 1566 Kollegen beschäftigt, wovon 1113 organisiert waren. In 11 Orten bestanden Unternehmerorganisationen (Zinnungen).

Dann folgte die Gruppe Holzindustrie mit Bewegungen in 148 Orten und 22 248 Beteiligten, die Metallindustrie in 94 Orten mit 20 390 Beteiligten, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie in 144 Orten mit 19 022 Beteiligten, die Bekleidungs-, Leder- und Textilindustrie in 81 Orten mit 8 176 Beteiligten, graphische Gewerbe und Papierindustrie in 35 Orten mit 4 752 Beteiligten und sonstige Berufe in 85 Orten mit 33 356 Beteiligten.

Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen wurden im letzten Jahre von 20 Organisationen in 234 Orten in 362 Betrieben mit 35 673 Beschäftigten geführt. An diesen Bewegungen waren 14 232 Personen beteiligt. Unternehmerorganisationen bestanden an 95 Orten und gehörten in 82 Fällen die betroffenen Unternehmer diesen Organisationen an. Zum Abschluß eines Tarifvertrages kam es bei diesen Differenzen nur in 16 Fällen. Die Ausgaben für die Bewegungen betrugen 4 151 M. Durch Vergleichsverhandlungen wurden die Differenzen in 211 Fällen beigelegt, und zwar fanden Verhandlungen statt: direkte zwischen den Parteien in 116, mit der Unternehmerorganisation in 7, vor dem Gewerbeamt in 82, durch Vermittlung der Organisationsinstanzen in 82 und durch Vermittlung anderer Personen und Körperchaften in 2 Fällen. Die Verhandlungen wurden eingeleitet auf Antrag der Unternehmer in 13 und auf Antrag der Arbeiter in 197 Fällen. Diese Zahlen sind nicht vollständig, weil für den Verband der Maurer nur angegeben ist, daß in 80 Orten Bewegungen stattfanden, wovon 74 wegen Lohnkürzung und sechs wegen Verlängerung der Arbeitszeit durchgeführt werden mußten und daß die Bewegungen erfolgreich waren. Weitere Angaben fehlen.

Durch die Bewegungen wurde abgewehrt für 2583 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 9777 Stunden pro Woche und für 3379 Personen eine Lohnkürzung von zusammen 10 670 M pro Woche. Diese in der Abwehr erzielten Erfolge sind mit denen der Angriffsbewegungen herbeigeführt zusammenzustellen, wenn der Gesamterfolg der Lohnbewegungen des Jahres 1904, soweit er die Dauer der Arbeitszeit betrifft, völlig gewürdigt werden soll.

Insgesamt erreichten eine Arbeitszeitverkürzung oder wehrten eine Arbeitszeitverlängerung ab 49 929 Arbeiter und Arbeiterinnen von zusammen 202 197 Stunden pro Woche; Lohnerhöhung erreichten oder Lohnkürzungen wehrten ab 124 759 Arbeiter und Arbeiterinnen von insgesamt 250 788 M. Für weitere 1188 an den Lohnbewegungen Beteiligten, die eine Verkürzung der Arbeitszeit und für 1872, die eine Lohnerhöhung erzielten, fehlte die nähere Angabe des Erreichten.

Die Arbeitszeit wurde in den Einzelfällen von 1/2 bis zu 36 Stunden pro Woche verkürzt, während Arbeitszeitverlängerung den Arbeitern von 1 1/2 bis 12 Stunden angeboten wurde. Lohnerhöhungen wurden von 60 S bis zu 12 M pro Woche erzielt und angebotene Lohnkürzungen von 50 S bis 13.50 M abgewehrt.

Die Zahl der Arbeiter, die in den zwischen diesen Differenzen liegenden Abstufungen Arbeitszeitverkürzung oder

Und wenn im nächsten Jahre der Posttarif voll zur Geltung kommt, dann wird mit einem Schlage das vernichtet sein, was die Gewerkschaften in einem Jahrzehnt an Lohn-erhöhungen erreicht haben. Das dürfte den Arbeitern nach zwei Richtungen zu denken geben. Sie werden daraus er- kennen müssen, daß sie mehr noch als bisher zu ihren Gewerkschaften halten und für deren Ausbreitung und Stärkung mit aller Kraft sorgen müssen. Zweitens aber muß es ihnen klar zum Bewußtsein kommen, daß es mit dem gewerk- schaftlichen Kampf allein nicht getan ist, wenn durch ein Gesetz allein die Erzeugnisse der Gewerkschaftsorganisationen eines Jahrzehnts ver- nichtet werden können. Sie müssen aus diesem Ergebnis die Lehre ziehen, daß sie sich auch um die politischen Vorgänge zu kümmern und dafür zu sorgen haben, daß die Gesetzgebung nicht zu ihrem Schaden arbeitet.

Und wenn wir dann noch in Betracht ziehen, daß selbst in einer Periode wirtschaftlich günstiger Konjunktur und steigender Nahrungsmittelpreise Lohnkürzungen eintreten, so muß mit allem Nachdruck die Mahnung ausgesprochen werden, daß die Arbeiterklasse daran zu denken hat, daß noch gewaltig viel zu tun ist, ehe ihr Recht auf eine ausreichende Lebenshaltung zur Geltung gebracht werden kann.

Wir erwarten bestimmt, daß im laufenden Jahre energischer daran gearbeitet wird, den Ausgleich zwischen Nahrungsmittelverknappung und Lohnhöhe herbeizuführen. Nicht geduldig in ihr Schicksal ergeben darf sich die Ar- beiterklasse, sondern sie muß durch rücksichtslosen Kampf bestrebt sein, die Lasten, die ihr durch eine un- sinnige Wirtschaftspolitik auferlegt werden, abzuschütteln. Die Verantwortung für diese Kämpfe mögen jene tragen, welche die Arbeiterklasse in diese Zwangslage ge- bracht haben. Auf alle Fälle muß die Arbeiterklasse zu dem Bewußtsein kommen, daß Dulden und Darben nicht nur ihrer unwürdig, sondern auch geeignet ist, ihre Widerstandskraft völlig zu brechen.

Plafondmalerei.

Von Oskar Wiener-Prag.

(Nachdruck verboten.)

Die Sitte, unsere Wohnräume mit bunten Farben zu zieren — die Wände mit Tapeten, den Fußboden mit Teppichen, die Decke mit Malereien — ist eine uralte und war von jeher schon ein Gegenstand künstlerischer Sorgfalt. Die meiste Mühe wurde aber dem Zimmerdeckenschmuck ge- widmet, denn der Plafond kommt in der Regel zu allererst die Aufmerksamkeit des Eintretenden. Die Deckenmalerei ist deshalb ein wichtiger Zweig der dekorativen Künste ge- worden.

Der Dekorationsmaler wird, wenn seine Arbeit wirken soll, die Raumverhältnisse genau zu erwägen, die zukünftige Bestimmung der Lokalität, sowie noch vieles andere in sein Kalkül hineinzu ziehen haben. Die Deckenmalerei darf nicht allzu reich sein, damit der sonstige Wandschmuck seine deko- rativ Bedeutung nicht einbüßt. Alles im Räume soll harm- nisch wirken. Als Regel gilt: den Fußboden in dunkle, die Seitenwände in helle und die Decke in hellste Töne zu kleiden, denn davon hängt hauptsächlich der freundliche Ein- druck des Gemaches ab.

Die schlichteste Art des Plafondschmuckes bei Gipsver- kleidungen besteht noch immer in der Anbringung einer Sockelle am Deckenrande. Entlang des Gesimses ziehen sich dann noch einige in leichten Farben gehaltene Glieder, die mit Stuck mehr oder minder reich verziert werden können. Die Innenfläche der Decke bleibt leer. Auch wird durch Zeichnung von Gesimsen die deko- rativ Wirkung gehoben. Diese Art der Deckenmalerei ist kleinerer nicht allzu hohe Räume mehr geeignet, da dort be- merklich (mit Hilfe von Schablonen) betrieben. Höhere Plafondsflächen erfordern bedeutendere Können; der zu schmückende Raum muß in Felder geteilt werden, um nicht allzu nüchtern zu wirken. In die Dekoration dieser Felder werden teils sich dann oft der Maler mit dem Stuckateur. Die in Stuck hergestellten Arabesken, Laub- und Blumengewinde, werden meist zart getönt, bronziert oder verguldet. Diese Mittel genügen zwar vollkommen, um künstlerische Wirkungen zu erzielen; doch wird die Kunst leider auch von Tünchern ohne jedes Verständnis für die Farbenwirkung geübt.

In Räumen, deren Oberstock bewohnt ist, sollen reiche Stuckdekorationen möglichst vermieden werden; da trotz peinlichster Ausführung und größter Sorgfalt diese Raffetypen leicht Schmutz erhalten. Will man dem Maler die Arbeit nicht allein überlassen — ein Gemälde ohne plastische Einfassung wirkt zu leicht — so kann durch Verwendung von holzgeschnittenen Ranken (Efeu, Lotus) auf himmelblauem oder zartrosa Grunde eine hübsche Wirkung erzielt werden. Der wertvollste und schönste Deckenschmuck bleibt aber immer die Wandmalerei. Künstler von größter Bedeutung haben ihre Muse in den Diensten dieser Arbeit gestellt.

Die älteren Meister — Michel Angelo und Raffael nicht ausgenommen — haben ihre Deckenstücke Teppichen gleich behandelt. Diese Plafondgemälde unterscheiden sich aber durch nichts von anderen Malereien. Die Gestalten, die diese Werke beleben, dienen eben nur zur malerischen Aus- schmückung der einzelnen Deckenfelder. Die perspektivische Konstruktion forderte aber endlich ihr Recht. Alles sollte so gezeichnet sein, daß es dem unten an bestimmten Punkten stehenden Beschauer wie Wirklichkeit anmuten mußte. — Paolo Veronese ordnete die Perspektive seines Plafond- gemäles im Dogenpalaste so, daß sie dem eben in den Saal Eintretenden richtig erscheint. Andere Meister, z. B. Andrea Bazzo (Santiuskirche in Rom), verlegten den Augenpunkt des Beschauers in die Gemälde mitte*. So entstanden auch jene wirkungsvollen Scheinarchitekturen, meist Kuppeln, die nach dem Muster Correggios sich oben öffnen und den Himmel frei sehen lassen. Im Luft- raume schwebten aufrechtstehende Gestalten. Diese Figuren in Verkürzung als von unten betrachtet, wirkten im Be- schauer den Eindruck eines natürlichen Vorganges wach- rufen. In einer Handlung, die sich am Firmamente ab- spielt, können nicht Erdmenschlein, sondern nur allegorische oder mythologische Gestalten auftreten.

*) Die Stelle, die der Beschauer einzunehmen hatte, wurde am Fußboden durch einen leichten Stein bezeichnet.

Diese Art der Deckenmalerei, von der Renaissance mit übernommen, wird noch gegenwärtig häufig geübt, da wir bis heute (von jeffersonistischen Versuchen abgesehen) noch immer keinen eigenen Baustil haben und der Dekorations- maler gezwungen ist, sich der konstruktiven Gestaltung und plastischen Ornamentierung des Raumes anzuschließen. Hat der Künstler aber keine oder nur geringe architektoni- sche Rücksichten zu nehmen, so soll er, wie schon Cornelius vor Jahren in der Münchener Glyptothek, zur Malweise der älteren Meister zurückkehren.

Allegorische Darstellungen wirken, da sie leicht zu Spitzfindigkeiten und Geistesereien verleiten, oft un- natürlich und gezwungen. Man betrachte nur die Monu- mentalmalerei unserer jüngsten Vergangenheit! Wir, die wir schlanke Formen und decente Farben bei Schlichtheit der Darstellung lieben, können uns mit dem Pathos jener Lage nicht befreunden. Die dekorative Kunst soll nicht schreien, sondern sprechen. Hier wie überall hat die freie Meisterindividualität den starren Geist des Akademischen überwunden. Unsere Akademien verlieren immer mehr und mehr an Einfluß. Das Talent geht seinen Sonderpfad. Man verlangt den vollen Einsatz der künstlerischen Persön- lichkeit. Ein stilvoller Realismus hat Platz gegriffen; die mythologische Szene soll sich im Kleinmenschlichen auflösen.

Die Technik der Deckenmalerei ist eine schwierige. Die Komposition muß klar sein, da das Bild aus einer immerhin großen Entfernung betrachtet wird. Je weni- ger Gestalten zur Verwendung gelangen, desto sicherer wirkt das Werk. Der Künstler muß sich eben vor Überladung einzelner Partien hüten, um dem Gesamteindruck seiner Arbeit nicht zu schaden. Die Details sorgfältig auszufüh- ren ist überflüssig, die monumentale Auffassung Hauptache.

Will der Künstler sein Werk auf trockenem Kalk- anwurf ausführen, dann sagen wir, er malt „al secco“. Das Mauerwerk muß sorgfältig glatt gestrichen werden und, weil Pflanzenfarben auf Kalk unbaltbar sind, so werden Mineralfarben verwendet. Diese Technik hat ihre Schattenseiten. Sie ist zwar leicht zu handhaben, man kann sich zur Arbeit Zeit lassen, kann abändern und über- malen, so oft es einem beliebt; aber die Farben blättern schnell ab oder lösen sich gar in feuchter Luft auf. Will der Künstler also etwas Dauerhaftes schaffen, so muß er zur Freskomalerei seine Zuflucht nehmen. Da nun aber diese Malweise nicht nur viele Mühe, sondern auch große Kosten verursacht, so hat man in letzter Zeit (sob mit Erfolg, wird die Zukunft zeigen) wetterfeste Farben herzustellen versucht, um Stiegenhäuser und andere Partien moderner Bauten billiger schmücken zu können.

Die Freskomalerei wird auf feuchtem (oder nassem) Kalk ausgeführt. Der Wandbemurf, aus drei Schichten bestehend, muß sehr sorgsam behandelt werden. Die unterste Schicht ist die stärkste; die dünnere Mittelschicht wird erst dann aufgetragen, nachdem der Hauptputz getrocknet ist. Die oberste Lage — Intonaco genannt — besteht aus feinem, sandverfehten und glattgestrichenen Kalk und darf nur so weit angelegt werden, als der Maler in einem Zuge malen kann. Will der Künstler seine Arbeit unterbrechen, dann muß er das noch unbemurte Intonaco entfernen. Der Maler muß schnell arbeiten, denn langes Zögern duldet diese Art Technik nicht; deshalb soll schon vor Beginn des Werkes alles wohl erwogen sein. Erst muß eine kleine Kontur- und Farbenskizze angelegt werden; sodann wird die Zeichnung in Originalgröße auf Papier übertragen und diese Partien endlich auf mechanischem Wege durch Rollen auf das Intonaco fixiert. Die Partien werden mit Zeichen- fahle angefertigt, das Papier hierauf geleimt oder gefirnigt. Die Pausen besteht aus Delpapier und die Konturen werden entweder mit einem Eisen durchgedrückt, oder man hilft sich durch Modellstiche entlang den Umrislinien, die dann mit Kohlenpulver eingerieben werden. Die Farben selbst trocknen nur langsam und das Gemälde erscheint daher un- angenehm als in der Natur. Es ist daher notwendig, die Schönheit dieser Technik und die Kraft und männliche Tatkraft, die sie erfordert, macht sie zu der vor- nehmsten und edelsten aller Malgattungen.

Der Vollständigkeit halber sei hier auch noch die Sgraffito malerei erwähnt, die aus dem 15. Jahr- hundert stammt, aber später ganz in Vergessenheit geriet. Plafondstreifen in dieser Manier ausgeführt wirken sehr dekorativ. Eine Lage schwarzen oder tiefbraunen Mörtels dient als Untergrund, eine dünne Schicht hellen Putzes deckt diesen Bewurf. Mit Spachteln wird in die feuchte Deckfläche die Zeichnung eingeritzt, so daß die dunkle Grund- farbe bloß liegt. Die Figuren erscheinen dann weiß auf schwarzem oder sonst dunkelfarbigem Grunde. Diese Art der dekorativen Malerei hat als Deckenmalerei nur geringe Bedeutung, da sie leicht abblättert.

In Speise- und Arbeitszimmern, in Bibliotheksräu- men wirken Holzdecken am schönsten. Sie werden nach Art ineinander geschnittener Balken konstruiert, die Innen- felder mit Amoretten, Genien oder anderen Fabelwesen bemalt und die Balken selbst durch Fruchtgirlanden, Seltens und Ornamente verziert.

Der Maler von Decken-Stücken hat bei Holz-Plafonds, die sich ja meist in Tafeldecken oder dem Studium ge- widmeten Räumen befinden, die Abendbeleuchtung zu be- rücksichtigen. Diese Holzplafonds machen bei Tag einen etwas finsternen Eindruck, um so wohllicher heimlich sie aber beim Scheine von Gasflammen oder sonst einer künstlichen Beleuchtung an.

— Das Bedürfnis unserer Tage nach populärer Kunst kommt auch der Deckenmalerei zu Hilfe. Nicht nur öffent- liche Bauten prangen heute im Schmuck bunter Farben, auch Privathäuser, die dem Alltag dienen, werden jetzt oft mit phantasievollen Farbenharmonien geschmückt. So geht denn die dekorative Kunst und mit ihr die Decken- malerei einer glänzenden Zukunft entgegen.

Baugewerbliches.

Ueber den Schutz der Innenbauarbeiter referierte Kollege Hub auf der kürzlich in Stuttgart stattgefun- denen Bauarbeiter-Konferenz. Er führte hierzu aus, daß die Mißstände im äußeren Baugewerbe so groß sind, daß die Kontrollen dazu schon gar nicht mehr kommen, auch für den inneren Schutz etwas zu tun. Wie notwendig aber auch hier ein Schutz der Arbeiter ist, und wie drin-

**) Vgl. Albin Schulz „Kunst und Kunstgeschichte“.

gend eine Abstellung der sanitären Mißstände gefordert werden muß, zeigt folgende Statistik der Stuttgarter Orts- krankenkasse über die große Zahl der Erkrankungsfälle:

	Fälle	Tage	Pro Fall
Bauhilfsarbeiter	2425	45 687	18,84
Maurer	928	19 771	21,30
Maler	443	9 402	21,22
Gipsler	367	6 980	19,02
Zimmerer	323	6 301	19,18
Sonstige Arbeiter	177	3 955	22,34
Bauchreiner, Kleber	139	2 858	20,56
Steinhauer	131	3 126	23,86
Bauschlosser, Flachsner	52	813	15,63
Steinbildhauer	45	1 092	24,27
Säbner	28	803	28,68
Dachbeder	14	291	20,79
	5072	101 079	21,31
Putzervinnen	276	7 506	27,29
Zusammen	5347	108 585	21,76

Die Zahl der Versicherten im ganzen beträgt 7608, die Erkrankungsfälle machen also 70 Proz. aus. Davon ent- fallen auf:

	Fälle	Tage pro Fall
Betriebsunfälle	620	16,49
Rheumatismus usw.	1046	20,35
Atmungsorgane	744	12,49
Lungen tuberkulose	442	64,08
Veirvergiftung	98	15,32
Zusammen	2890	23,75

Sterbefälle waren zu verzeichnen an Tuberkulose 36, bei Unfällen im Betrieb 13, an Erkrankung der Atmungs- organe 9, an Rheumatismus 2. Das sind zusammen 60 Fälle. Das Durchschnittsalter der Verstorbenen betrug 39,2 Jahre. Das sind ganz ungeheure Zahlen. Da springen vor allem die zahlreichen Berufs-erkrankungen ins Auge. Im schönsten Alter müssen unsere Kollegen das Bettliche segnen dank der Zustände im Baugewerbe. Da heißt es freilich, die §§ 120 a und b der Gewerbeordnung sind sinngemäß auch auf das Baugewerbe anzuwenden, wenn wir uns aber diese Paragraphen ansehen, so kommen sie uns gegenüber den Mißständen wie blutiger Hohn vor. Wie steht es mit dem Vorhandensein der vorgeschriebenen Wasch- und Umkleieräume und dem brauchbaren Trinkwasser in den Bauten aus? Redner bespricht dann eingehend die Realisierungs- und Fensterfrage und betont die Notwendigkeit einer umfassenden Kontrolle des Leiter- und Gerüstmaterials. Unter allen Umständen müsse verlangt werden, daß die Verwendung von Bleifarben verboten wird. Bei Beratung der Eingabe der Organisation der Maler Deutschlands im Reichstage hat sich aber die Regierung bewegen gelassen, auf einige Meister und Bleiweißfabrikanten Rücksicht zu nehmen. Ebenso müsse die Baukontrolle auch auf die Werkstätten und Werkplätze der Betriebe ausgedehnt werden. Wenn das geschähe, werden Zustände aufgedeckt werden, die den Himmel schreien, und man werde einsehen, wie wenig da für sanitäre Maßregeln getan wird. Redner empfiehlt folgende Resolution, die einstimmig angenommen wird:

„Die Bauarbeiterkonferenz für Württemberg, insbe- sondere die im Maler-, Anstreicher-, Tüncher- und Lackierergewerbe beschäftigten Arbeiter, die in hohem Maße an der strengen Durchführung der vom Bundesrat am 27. Juni ds. Jrs. erlassenen Spezialverordnung für die oben genannten Betriebe interessiert sind, erachten eine Ausdehnung der für die Ueberwachung der Bauarbeiten erlassenen Verordnung auch auf die Werkstätten und Werkstätten dieser Betriebe für unerlässlich, da bei der bekannten Nichtbeachtung der- artiger Verordnungen durch die Unternehmer und bei dem großen Arbeiterwechsel in diesen Betrieben den Arbeitern es schwer fallen wird, auf eigener Faust die Einhaltung der vorgeschriebenen Kontrollen zu erzwingen. Deshalb wird die Verordnung überall durchzuführen und die nötigen Kontrollen aus dem Arbeiterstande durch die Regierung eine unerlässliche Forderung, deren Erfüllung seitens der Konferenz erwartet wird.“

Sachliteratur.

Geschichte der deutschen Kunst von Dr. Hermann Schwegler. Von diesem im Verlage von Otto Maier, Ravensburg erscheinende Werk liegen bereits 11 Hefte vor. Klar und leicht verständlich wird hier die gesamte Entwid- lung der deutschen Kunst für den gebildeten Laien in Wort und Bild in chronologischer Reihenfolge vor Augen geführt, worin wir gerade anderen teureren kunstgeschicht- lichen Werken gegenüber den großen Vorteil von Schweglers deutscher Kunstgeschichte sehen. An einem wirklich populär abgefaßten Werke auf diesem Gebiete fehlte es aber bisher. Die zahlreichen Abbildungen sind vorzüglich ausgewählt und veranschaulichen die Ausführungen des Verfassers in bester Weise. Wir können die Anschaffung des gut aus- gestatteten Werkes nur empfehlen. Die Anschaffung ist da- durch erleichtert, daß der Verlag das Gesamtwerk in 14 Lieferungen à 1 M. herausgibt.

Die Schriftenammlung für Techniker, Maler und Schriftsetzer von Karl O. Maier ist soeben in zweiter Auflage im Verlage von Otto Maier in Ravensburg er- schienen. Auf 50 Tafeln befinden sich in diesem Werke zahlreiche Alphabete und Ziffernreihen und Beispiele von Anwendungen. Neben den gebräuchlichsten Schriftarten finden wir auch eine Anzahl moderner Alphabete, wie z. B. die Pinselschrift auf Tafel 42, die sich sehr gut für die Praxis eignen. Die Mappe ist in Taschenformat her- ausgegeben und kostet 1,50 M. Der Mappe liegt noch ein Sonderheft bei, das die hauptsächlichsten Schriften in ver- kleinertem Maßstabe bringt. Das Werkchen wird auch in unseren Kollegentreifen seine Freunde finden.

Literarisches.

„Alkoholfrage und Arbeiterklasse“ von Dr. R. Fröhlich. Dieses 5. Heft der Arbeiter-Gesund- heits-Bibliothek ist soeben in 3. Auflage erschienen. Der Verfasser war seinerzeit mitten auf einer Agitationstour in Deutschland als er, nachdem er in mehreren Versamm- lungen über das obige Thema gesprochen hatte, als lästiger Ausländer ausgewiesen wurde. In der Broschüre sagt er nun den deutschen Arbeitern, was er ihnen mündlich nicht mehr sagen konnte. Die Broschüre kostet 20 S und ist in allen Parteibuchhandlungen zu haben.